

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plabvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonelleile** 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Folgen des Flensburger Mordes

9 Tote, 22 Verwundete, 40 Verhaftete.

Flensburg, 5. Januar. (WZV.) An der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und andern Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier Kommunistensammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Sipo-Kaserne, um dort einzudringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerprügen und Schreckschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das höhere Tor der Kaserne eindringen wollte, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf Seiten der Demonstranten 9 Tote und 22 Verwundete gab. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abließen, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiterschaft zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen fast reiflos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Der Vorwärts bringt eine eigene Drahtmeldung aus Kiel, in der es heißt:

Sämtliche Ausschreitungen sind lediglich auf das Konto der Kommunistenführer zu setzen, die sich in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung mit unserer Partei verpflichtet haben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber später die Menge zu einem sinnlosen Sturm auf die Kaserne aufzuföhren. Das Blatt gibt dann die amtliche Darstellung der Vorgänge durch das Oberpräsidium und bemerkt, daß die Darstellung vollkommen überstimmt mit der Auffassung sämtlicher parteigenösslichen Augenzeugen.

Die Darstellung des Oberpräsidiums sagt u. a., die Redner der Kommunisten hätten die Menge aufgeföhrt, gegen die Schutzpolizei vorzugehen. Flugblätter des gleichen Inhalts seien unter die Teilnehmer an der Beerdigung verbreitet worden. Von rund 7000 Teilnehmern hat indessen der größte Teil sich nicht verhalten lassen, sondern ist nach der Beerdigung nach Hause gegangen. Nur etwa 350—400 Personen sind in gemeinsamen Trupps vor die Kaserne der Schutzpolizei gezogen und haben vor dieser unter Führung revolutionärer Redner auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg demonstriert. Nachdem die Menge drei Stunden die Polizei auf diese Art in der Kaserne belagert hatte, wobei ein Versuch, das Tor zu stürmen, durch Spritzen mit einem Hydranten verhindert worden war, zogen die Demonstranten ab und hielten zwei Versammlungen ab. Beider Lokale haben sie sich gegen den Willen der Saalbesitzer mit Gewalt bemächtigt. Hier wurden von führenden Kommunisten erneut Reden gehalten und die Menge aufgefordert, die Schutzpolizeikaserne zu stürmen. „Es müsse noch Blut fließen.“ Etwa 200—300 Demonstranten zogen nunmehr, gegen 1/2 12 Uhr abends, erneut vor die Kaserne. Diesen schloß sich eine große Menge Neugieriger an, um von weitem die Vorgänge zu beobachten. Die draußen postierten Beamten der Schutzpolizei wurden nunmehr in die Kaserne zurückgezogen. Die Demonstranten drückten das Strahentor ein und stürmten auf das innere Kaserntor. Daraufhin rückte die Schutzpolizei nach Abgabe von Schreckschüssen wieder bis zum Strahentor vor und verschloß dieses. Erneut rückte die Menge gegen das Strahentor an, wobei aus ihrer Mitte eine Reihe von Schüssen fiel. Darauf rückte die Schutzpolizei wieder vor, um die Kaserne zu verteidigen. Einige über die Köpfe abgegebene Salven hatten keine genügend abschreckende Wirkung, so daß die Schutzpolizei gegen die anrückende Menge nunmehr scharf feuerte. Darauf stob die Menge auseinander. Es ist bei dem Vorgehen der Schutzpolizei auf ihrer Seite ein Beamter verwundet worden; die Demonstranten haben 9 Tote und 22 Verwundete zu verzeichnen. Ferner sind etwa 40 Personen aus der Reihe der Demonstranten verhaftet worden. Bei einer großen Zahl der Verhafteten sind Witwen vorgefunden worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Führer der Kommunisten in Flensburg.

Wenn diese Darstellung zutrifft, worüber wir vor Abschluß der Untersuchung nicht urteilen können, so gibt es nur das härteste Verdammungsurteil über die verbrecherische kommunistische Putschtaktik, die sich hier wieder einmal in einem entscheidenden Augenblick als der Kern der kommunistischen Politik herausgestellt hätte, trotz aller schönen theoretischen Abfagen in Parteitagsbeschlüssen und Thesen. Aber noch härter, und zwar ohne jeden Vorbehalt ist das Urteil, das über die verbrecherische Praxis der „Schutzpolizei“ zu fällen ist. Auf sie fällt der schwerste Teil der Verantwortung für das Blut, das in Flensburg geflossen ist. Denn ohne den Mord an dem Kommunisten Hoffmann wäre alles weitere Unheil nicht geschehen. Dieser schamlose, durch nichts entschuld bare Mord — selbst wenn die Behauptung der „Schutzpolizei“ von der Widersehlichkeit Hoffmanns wahr wäre, so liegt auf der Hand, daß sie von der mehrtöpfigen militärischen Begleitung ohne Gebrauch der Schußwaffe hätte gedrohen werden können! — hat erst die Blutammosphäre geschaffen, in der kommunistische Aufreizungen Erfolg haben konnten. Ein Erfolg, der leider menschlich nur zu verständlich ist, wenn man bedenkt, welche Stimmung diese sich häufenden Morde an Revolutionären und die regelmäßig folgenden Freisprüche der Mörder in der Arbeiterschaft erwecken müssen.

Hoffmann ist, wie aus einer weiteren Flensburger Meldung hervorgeht, das Opfer einer freien Lokspitzelei und der politischen Verständnislosigkeit — oder Schlämmerem — des Leiters der Schutzpolizei geworden: Der Spitzel Reichardt hat

einen märchenhaften Bericht angefertigt, wonach der Erschossene das Haupt einer Bande sein sollte, die die Kaserne überfallen, die Sipo entwaffnen und die Revolution in Flensburg herbeiföhren wollte. Von dem Oberkommissar Klöpffel, einem erfahrenen Beamten, ausgelacht und abgewiesen, wandte sich der Spitzel an Major v. Pilskow und fand bei diesem leider ein offenes Ohr. Die unglaubliche politische Unkenntnis und Naivität des Majors föhrt dann zur Verhaftung des Hoffmann und den weiteren Folgen.

Der Fall beweist also unter andern auch, wie gefährlich die Einstellung ehemaliger Offiziere, die bestenfalls politische Kinder, schlimmstenfalls aber verblödete, von allen bidden Vorurteilen erfüllte Reaktionsäre sind, in die Polizei ist.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die Rote Fahne fordert unter der Ueberschrift „Kostes Geist geht um“ und unter Schilderung der Vorgänge in Flensburg die Arbeiter auf zum Protest. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Proletariat auf, es geht zum Protest. Nieder die Regierung der Proletariatsmörder!“ Eine genauere Schilderung der Demonstration findet sich jedoch bisher nicht in der Roten Fahne.

Einigungsvorschläge für die Eisenbahner.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Nach fast zehnstündigen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium ist gestern in später Abendstunde eine Verständigung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnbeamten und Arbeitern erzielt. Den Eisenbahnern wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht. Im einzelnen wird über die Verhandlungen und Vereinbarungen bekannt: Die Verhandlungen, die unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Stieler vom Reichsverkehrsministerium stattfanden, zogen sich mit einer einzigen Unterbrechung bis abends gegen 9 Uhr hin. Nach sehr langwierigen Auseinandersetzungen, an denen sich besonders Ministerialdirektor Schlieben und Geheimrat Kühnemann vom Reichsfinanzministerium beteiligten, wurde den Eisenbahnern eine Erhöhung ihrer Bezüge nach der Ortsklassenverteilung zugestimmt. Die Beamten erhalten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab:

in Ortsklasse A	70	Prozent	Erhöhung
„ „ B	65	„	„
„ „ C	60	„	„
„ „ D u. E	55	„	„

Die Regierung wollte eine Erhöhung der Bezüge für Ortsklasse D und E nicht vornehmen, doch erklärte sie sich schließlich auch zu diesen Zugeständnissen bereit. Für die Eisenbahnarbeiter wurde folgende Erhöhung zugestanden:

Für Ortsklasse A	50	Pfa.	pro Stunde
„ „ B	40	„	„
„ „ C	30	„	„
„ „ D	20	„	„
„ „ E	10	„	„

Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärten sich mit den vom Verkehrsministerium gemachten Zugeständnissen einverstanden, doch können die Abmachungen erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers Wirth aus Freiburg bindende Kraft erhalten. Unterstaatssekretär Stieler sagte dem Vertreter der Beamten jedoch zu, daß das Reichsverkehrsministerium sich mit aller Kraft für die Durchführung der gestern getroffenen Vereinbarungen einsetzen werde. Im Verlauf der Konferenz wird noch eine Reihe von andern Fragen besprochen und es wird den Beamten zugesichert, daß eine Maßregelung nicht erfolgen würde.

Berlin, 6. Januar. (T.-U.) Der Vorwärts teilt zu der erfolgten Verständigung mit den Eisenbahnern eine überaus interessante Vorgeschichte mit. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden sitzenden Chefs des französischen Feldbahnwesens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, der den deutschen Eisenbahnerstreik dazu benutzen wollte, das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiet französisch zu militarisieren und eventuell auch zum Zweck der Kohlenverföhrung nach dem Ruhrgebiet militärisch hinüberzugreifen. Das Bekanntwerden des Planes dürfte es gewesen sein, das die Regierung dazu bestimmte, in ihren Zugeständnissen an die Eisenbahner weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Daß es wirklich nur der angebotene Plan des französischen Feldbahnwesens war, der die deutsche Regierung zur Nachgiebigkeit veranlaßt hat, scheint uns nicht sehr wahrscheinlich, wir glauben vielmehr, die Entschiedenheit der Eisenbahner, auch das Streikmittel zur Durchföhrung ihrer Forderungen anzuwenden, dürfte die Regierung veranlaßt haben, von ihrem ablehnenden Standpunkt abzugehen.

Memel, 4. Januar. Zur Urabstimmung der Eisenbahner in Deutschland erföhrt das Memeler Dampfboot, daß im Gebiet von Memel, dessen Eisenbahnen durch das Reich betrieben werden, keine Abstimmung unter den Eisenbahnern stattgefunden hat. Die Eisenbahner stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich gewissermaßen als memelländische Beamte betrachten und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Memelgebiets nicht in den Streik eintreten würden.

Verfassungskämpfe und Präsidentschaftswahl in Oesterreich.

Von Therese Schlessinger, Mitglied des österr. Parlamentes (Wien).

Am 8. November dieses Jahres trat die Bundesversammlung zum erstenmal zusammen, um der Republik einen Präsidenten zu geben.

Um die Vorgänge bei dieser Wahl und deren Ergebnis zu verstehen, muß man die Parteiverhältnisse in Oesterreich einigermaßen kennen.

Nachdem die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 die sozialdemokratische und die christlich-sozialistische Partei beinahe gleich stark in das Parlament gebracht (wir hatten nur einen Vorsprung von zwei Mandaten) und ein halbes Duzend deutsch-freimännlicher Parteien dazu verurteilt hatte, trotz ihrem Zusammenschluß zu einer einzigen, der Großdeutschen Partei, eine ohnmächtige Minderheit zu bleiben, war eine Koalition zwischen den beiden großen Parteien zustande gekommen. Diese Koalition durfte sich als Vertreterin aller breiten, damals durchaus kriegerisch- und habsburgerfeindlichen Volksschichten, sowohl der Arbeiter und eines großen Teiles der Angestellten, als auch der Bauern und Kleinbürger betrachten, wodurch es ihr gelang, den Einfluß des durch die Großdeutschen nur sehr schwach vertretenen konservativen Mittelbürgertums und der in der Nationalversammlung fast gar nicht vertretenen Großindustriellen, Großgrundbesitzer und Finanzleute fast auf nichts herabzudrücken. Die beiden koalitierten Parteien bildeten gemeinsam die Regierung, wobei jede von ihnen gleichviel Ministerposten in Anspruch nahm. Die Führung blieb aber doch durch lange Zeit ganz unbestritten in den Händen der Sozialdemokraten, so daß es diesen gelang, sowohl auf politischem als sozialpolitischem Gebiete Gewalttätiges für die beschafften Klassen zu erreichen und die ehemals herrschenden Klassen zu den gewichtigsten Zugeständnissen zu zwingen.

Erst später, als der Gewaltfrieden von Saint Germain und die schwere wirtschaftliche Abhängigkeit von den Siegermächten jedem sozialen Fortschritt und insbesondere der kaum in Angriff genommenen Sozialisierung der Produktionsmittel immer unüberwindlichere Hindernisse bereitete, als dann die Volksherrschaft in Ungarn dem weißen Schrecken weichen mußte, Sowjetrußland von Wolen bedrängt wurde und die Parteinahme der Ententemächte für jede konterrevolutionäre Bewegung in Europa immer unverkennbarer zutage trat, da wurde auch bei uns das Bürgertum wieder kühner und auch die Christlichsozialen wagten es nun, sich dem Willen der Sozialdemokraten entgegenzustellen, wobei sie die Hilfe der großdeutschen Oppositionspartei keineswegs verschmähten. Beide bürgerlichen Parteien föhrt einen erbitterten Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel, die allein die breiten Volksmassen noch einigermaßen vor der Auswucherung durch den Schleichhandel zu schützen vermocht hatte, sie suchten es auf jede Weise, wenn auch vergeblich zu verhindern, daß die von der Sozialdemokratie geforderte große Vermögensabgabe und eine neue demokratische Heeresverfassung beschlossen werde. Daneben aber trieben sie die schamloseste Demagogie außerhalb des Hauses, indem sie in ihrer Presse und in ihren Versammlungen die Schuld an der entsetzlichen Not des Volkes, die durch den Krieg und den Gewaltfrieden verurteilt worden ist, der Sozialdemokratie aufzuhalsen suchten. Gleichzeitig wagte es ihre Anhänger unter den öffentlichen Beamten, die Durchführung der Gesetze, die das Haus mit allen Stimmen der beiden koalitierten Parteien beschlossen hatte, zu sabotieren.

Durch all das war aber die Koalition mit den Christlichsozialen, die unentbehrlich gewesen war, um unmittelbar nach dem Zusammenbruch die völlige Anarchie zu vermeiden und das Uebergewicht der Arbeiterklasse wirksam zu machen, für uns nicht nur wertlos, sondern direkt schädlich geworden. Im Juni d. J. sprangen wir die Koalition, unsere Vertreter verließen ihre Ministerposten und nun wäre es an den bürgerlichen Parteien gewesen, die Regierungsgewalt und damit auch die Verantwortung vor der Bevölkerung zu übernehmen. Da sie sich entschieden weigerten, es zu tun, so blieb nichts andres übrig, als Neuwahlen auszusprechen.

Die Christlichsozialen sind als die stärkste Partei in das neue Parlament eingezogen, aber auch jetzt bangte ihnen gewaltig davor, allein die Regierung zu bilden. Hatten sie doch während des Wahlkampfes ihren Wählern das Blaue vom Himmel versprochen, für den Fall, daß sie zur Macht kämen. Kein Wunder, daß sie nun, da es gilt, ihre Versprechungen wahr zu machen, das lebhafteste Bedürfnis nach einem Prügelknaben empfinden, dem sie die Schuld dafür aufstatten könnten, wenn sie den Wählern eine Enttäufchung um die andre bereiten müßten. Aber weder die Sozialdemokraten noch die Großdeutschen haben sich bereit gefunden, die Rolle des Prügelknaben zu übernehmen. Während aber nun die Sozialdemokratie in die schärfste Opposition zur Koalition getreten ist,